



Mit einem landesüblichen Empfang – im Bild Thomas Saurer, Peter Raggl, Ministerin Margarete Schramböck und Günther Platter (v. l.) – trat Tirol die Präsidentschaft im Bundesrat an.

Foto: Land Tirol/Karlovits

„Tirol endlich zeitgemäß präsentieren“

56.200 Euro hat der Tirol-Abend bei Übernahme des Bundesratsvorsitzes mit Schützen, Musik und Catering gekostet. Tirol solle nicht immer nach Schema F auftreten, heißt es jetzt.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Noch bis Jahresende führt Tirol mit Bundesrat Peter Raggl (VP) den Vorsitz in der Länderkammer und mit Landeshauptmann Günther Platter (VP) jenen in der Landeshauptleutekonferenz. Am 14. Juli gab es dazu – wie schon bei ähnlichen Anlässen in der Vergangenheit – einen landesüblichen Empfang und einen Tirol-Abend in der Wiener Hofburg. Die Kosten von 56.200 Euro haben sich Land Tirol und Parlamentsdirektion geteilt, wie LH Günther Platter in der Beantwortung einer Landtagsanfrage von Liste-Fritz-Klubchefin Andrea Haselwanter-Schneider betont. Der größte Brocken davon entfiel auf Schützen, Musik, Vertreter der Traditionsverbände und das Catering – nämlich 44.000 Euro. 120 Gäste folgten der Einladung.

Platter verteidigt den Aufwand. Denn der Tirol-Abend sei zum einen eine wichtige Netzwerkveranstaltung in der Bundeshauptstadt gewesen, bei dem auch die inhaltliche Ausrichtung der Bundesratspräsidentschaft präsentiert worden sei. Und: „Die Tiroler Landesregierung und das Amt der Repräsentation den Auftrag als öffentliche Einrichtung wahr, das Land Tirol auf politischer, gesellschaftlicher

und kultureller Ebene integrativ und entsprechend qualitativ, zeitgemäß und offen zu präsentieren.“ Doch gerade darüber scheiden sich schon seit Längerem nicht nur intern die Geister, weil in der Realität das Gegenteil der Fall sei.

Die übertriebene Verengung der Außendarstellung auf ein Tirol-Bild mit Schützen und Musik wird kritisiert, seit der Chef des Repräsentationswesens Thomas Saurer auch Landesschützenkommandant sei. Andrea Haselwanter-Schneider macht ihn dafür verantwortlich, „dass diese Veranstaltungen jetzt derart aufgeblasen sind. Außerdem werden sie seit Jahren immer nach Schema F organisiert.“ Aus ihrer Sicht müsse sich Tirol endlich zeitgemäßer präsentieren. Und Haselwanter-Schneider fragt sich, „ob es für den Bundesratsvorsitz so etwas überhaupt benötigt“. Nachsatz: Außer Stehsätzen könne sie auch keine Handschrift des Bundesratsvorsitzenden Peter Raggl erkennen.

Die Kosten, so die Liste-Fritz-Klubchefin, seien das eine. „Aber was heißt hier Netzwerken? Es werden immer dieselben Leute eingeladen, zumeist sind es Politiker.“ Wenn schon so ein Empfang veranstaltet werde, dann sollten einmal andere „Menschen aus dem Volk“ daran teilnehmen können.

Eurovignette nimmt nächste Hürde, Tirol unter Druck

Rat der EU beschloss gestern mehrheitlich umstrittene Neufassung der Wegekostenrichtlinie. LHStv. Felipe in Brüssel, Thaler sieht noch „Chance“.

Von Manfred Mitterwachauer

Brüssel, Innsbruck – Für einige war es durchaus überraschend, dass die Änderung zur Richtlinie der Eurovignette (EU-Wegekostenrichtlinie) kurzfristig auf die gestrige Tagesordnung des Treffens der Wirtschafts- und Finanzminister gesetzt wurde. Doch offenbar drängt die Zeit. Denn Verkehrsministerrat findet dem Vernehmen nach heuer keiner mehr statt. Politisch sei die Causa aber auf Rats-Ebene beschlussreif gewesen, heißt es. Und so stimmten halt die Finanzminister über diese verkehrspolitische Weichenstellung ab. EU-intern nicht unmöglich.

Bis Redaktionsschluss war das Stimmverhalten nicht offiziell, unbestätigten Meldungen zufolge sollen aber neben Österreich auch Ungarn, Luxemburg, Dänemark und die Niederlande dagegen gestimmt haben. Die Slowakei soll sich enthalten haben. Egal. Der Beschluss ging trotzdem durch. Und somit nahm die Eurovignette-Richtlinie die nächste wichtige Hürde. Sie wandert nun zur zweiten Lesung ins EU-Parlament, muss dort aber zuvor im Verkehrsausschuss behandelt werden.

Die Tiroler Anti-Transitpolitik gerät damit weiter unter Druck. Der Reformentwurf der Eurovignette läuft nämlich den hiesigen Verlagerungsbestrebungen im Güterverkehr zuwider. Und das gleich in mehreren Punkten. Erstens: Die geplante CO₂-Differenzierung bei der Lkw-Maut brächte Tirol zwar saubereren Schwerverkehr (Bsp.: Was-

serstoff-Lkw), die bekämpfte Lkw-Masse würde aber (im optimistischsten Fall) gleich hoch bleiben, eher aber explodieren. Weil Tirol nämlich eine um bis zu 75-prozentige Mautreduktion auf der Brennerstrecke droht. Zweitens: Höhere Mautaufschläge in sensiblen Korridoren (bis zu 50 Prozent des Grundtarifs) werden zwar auf dem Papier möglich – für Tirol aber durch das gleichzeitig Italien und Deutschland einzuräumende Vetorecht de facto nicht umsetzbar. In Summe würde also die Straße im Vergleich zur Schiene noch billiger – auf der Strecke bliebe die angestrebte Kostenvorteilhaftigkeit. Der Bren-

nerbasistunnel wäre damit ohne eine wie immer geartete Benützungspflicht im transitierenden Güterverkehr tot, noch bevor er in Betrieb gehen kann. Und auch von einer Brenner-Korridormaut könnte sich Tirol wohl auf Jahrzehnte verabschieden.

Zuletzt hatte der EU-Verkehrsausschuss am Ende des so genannten „Trilogs“ zwischen Kommission, Rat und Parlament Anfang Juli das Kompromisspapier mit knapper Mehrheit (informell) befürwortet. Nun der Rat.

Der Beschluss des Rats passte zum gestrigen Treffen des Verkehrsnetzwerkes iMonitraf unter Vorsitz von

LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) in Brüssel fast schon wie die sprichwörtliche Faust aufs Auge. Dieses (aber auch ein Treffen der Tiroler Delegation mit Kommissions-Vertretern) hatte zum Ziel, grenzüberschreitende Lösungen für die Verlagerung voranzutreiben. Dass der Eurovignettenentwurf hier konterkarierte, wurde in Brüssel deponiert. Ebenso, dass Tirol an Lösungen interessiert sei, wie Felipe betonte: „Es braucht die Kooperation aller betroffenen Regionen, Staaten und der EU.“

Thaler verurteilte den Ratsbeschluss gestern scharf. Das sei „nicht der Maßstab für eine moderne europäische Verkehrspolitik“. Sie ortet aber noch eine „Chance“, das Blatt zu wenden: mit Abänderungsanträgen im Parlament.

Die nächste Sitzung des EU-Verkehrsausschusses findet Ende November statt. Ein Beschluss im Parlament könnte Anfang 2022 fallen.

„Noch gibt es eine Chance. Ich werde weiter Mehrheiten für Abänderungsanträge im Parlament suchen.“

Barbara Thaler
(Europaabgeordnete, VP)

„Im Sinne des Green Deal der EU ist eine merkliche Reduktion des Lkw-Verkehrs vorzubringen.“

Ingrid Felipe
(LHStv, Grüne)



Verkehr-Treffen gestern in Brüssel: EU-Parlamentarierin und EVP-Chefverhandlerin in Sachen Eurovignette Barbara Thaler, LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) und iMonitraf-Koordinatorin Helen Lückge (v. l.).

Foto: Land Tirol/Rosner

„10-Punkte-Plan“ für CSU nur zweitrangig



Das Lkw-Nachtfahrverbot gerät wieder ins Bayern-Visier. Foto: De Moor

München, Rom – Während Tirol bereits gestern in Brüssel für die lokalen Transitbremsen auf vielen Ebenen lobbyierte, drängen auch die italienischen Frächterverbände aufs EU-Parkett. Wie berichtet, haben sie eine Klage gegen die EU-Kommission wegen „Untätigkeit“ in Sachen der hiesigen Lkw-Fahrverbote angekündigt. Nun plane man ein Treffen mit EU-Parlamentariern, um selbiger mehr Nachdruck zu

verleihen, wie Paolo Uggé, Präsident des Frächterverbands Confrasperto, ankündigt.

Und erneut machte gestern auch der verkehrspolitische Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, Markus Ferber, seinem Ärger via Aussendung Luft. Seine bemerkenswerte These: Erst durch das Lkw-Nachtfahrverbot müsse Tirol untertags zur Blockabfertigung greifen, was wiederum die

Situation auf der Inntalautobahn verschlimmere. Damit würde sich „Tirol ins eigene Fleisch schneiden“. Über das Berliner „10-Punkte-Programm“, auf das Tirol gegenüber Bayern pocht, will Ferber erst wieder reden, wenn „Österreich wieder europäisches Recht einhält“. Das EU-Recht sei wichtiger. Zudem, so Ferber, „lässt die österreichische Umsetzung des 10-Punkte-Plans auf sich warten“. (APA, mami)

Kurzmeldungen

Nachbar löschte Balkonbrand

Innsbruck – Ein 53-Jähriger entdeckte am Dienstag in einem Innsbrucker Mehrparteienhaus am Nachbarbalkon einen Brand. Er verständigte die Bewohnerin und löschte das Feuer noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr. Das Feuer dürfte durch eine auf dem Balkon aufgestellte Kerze ausgelöst worden sein. (TT)

Komplizierte Lkw-Bergungen hielten Einsatzkräfte auf Trab

Kirchbichl, St. Anton – Zwei Vorfälle mit Schwerfahrzeugen sorgten gestern für Behinderungen. Um 11.40 Uhr war ein Lkw-Lenker mit seinem Sattelzug von der A12 kommend in die Autobahnausfahrt Kirchbichl eingefahren. Durch den Riss der Sicherungsgurte verrutschte erst die 20-Tonnen-Ladung. Darauf kippte der mit Brückenteilen beladene Auflieger und

musste mit zwei Bergekränen geborgen werden. Die Autobahnausfahrt war bis 16.55 Uhr gesperrt. Um 14.07 Uhr geriet indes auf der Arlbergschnellstraße in Fahrtrichtung Osten ein Sattelzug in Brand. Das Schwerfahrzeug konnte in der Nähe der Mautstelle von der Feuerwehr gelöscht werden. Bis dahin war der Arlbergtunnel 30 Minuten gesperrt. (TT)



Durch Verrutschen der 20-Tonnen-Ladung kippte der Sattelzug. Foto: zoom.tirol

Nur mit 2G zum Zeitzeugen-Abend

Innsbruck – Heute in einer Woche, am 17. November, ist Helmut Kritzinger zu Gast im Zeitzeugen-Gespräch mit Krimiautor Bernhard Aichner. Beginn ist um 19 Uhr. Gratiskarten gibt's im Haus der Musik oder unter www.hausder-musik-innsbruck.at. Einlass ausschließlich mit 2-G-Nachweis. (TT)